

# Die Branche, Herbst '18

Gerade in Zeiten, in denen es derartig viele Angebote gibt, ist es besonders wichtig, den Kunden bei seiner Fahrzeugwahl zu beraten.

## Gastkommentar

••• Von Klaus Edelsbrunner

WIEN. Hauptaufgabe des Fahrzeughandels ist die Beratung unserer Kunden. Die Entscheidung muss der Kunde (auch) zwischen den verschiedensten Antriebsarten Diesel, Benzin, Gas, Elektro, Hybridkonzepte, Alternativantriebe treffen. Für einen Vielfahrer wird daher ein Elektroauto weniger geeignet sein. Wenn durchgehend keine langen Strecken gefahren werden und eine gute Auflademöglichkeit besteht, ist ein E-Auto sicherlich eine mögliche Option.

Auch im Bereich des Zubehörs ist kompetente Beratung, die sich an den Bedürfnissen der Kunden orientiert, besonders wichtig. In allen Bereichen – sei es jetzt Technik, Umwelt, Sicherheit – hat es wahre „Technikschübe“ gegeben, und es werden heute den Kunden praktisch perfekte Fahrzeuge zu einem fairen Preis angeboten. Vergleicht man z.B. die Abgaswerte, hat es Reduktionen von ca. 30 Prozent bei den CO<sub>2</sub>-Emissionen, weiters ca. 80 Prozent bei den NO<sub>x</sub>-Emissionen und ca. 90 Prozent beim Fein-



© medianet/Joel Halder

staub seit 2000 gegeben, ganz abgesehen vom Komfort, den moderne Fahrzeuge bieten.

### Gegen Zulassungsverbote

Per 1.9. diesen Jahres hat es ja auch eine Zulassungsschranke für nicht WLTP-geprüfte Fahrzeuge gegeben; WLTP ist ein neuer Abgasmesszyklus, der das reale Fahrverhalten der Autofahrer besser abbilden soll.

Gott sei Dank ist es uns gelungen, die Politik davon zu überzeugen, dass es keine Fahrverbote für Dieselfahrzeuge bestimmter Euro-Klassen in Österreich gibt. Die Autofahrer haben ihr Auto im Vertrauen erworben, dass sie es bis zum Ende seiner Lebensdauer uneingeschränkt verwenden können. Diesbezüglich gibt es auch klare Absichtserklärungen vonseiten der Politik. Wir sprechen uns auch strikt gegen generelle

Zulassungsverbote für konventionelle Fahrzeuge aus.

Eine besondere Aufgabe sehe ich für uns als Interessensvertretung auch dahingehend, die Administration und Bürokratie so weit wie möglich zu reduzieren bzw. zurückzudrängen.

Die Bundesregierung zeigt hier durchaus positive Ansätze. Die notwendigen Schritte müssen allerdings noch gemacht werden. Dies gilt auch in erster Linie für die Verflüssigung des Verkehrs. Auch wir als Fahrzeughandel treten für einen sinnvollen Gebrauch der Fahrzeuge ein. Individuelle Mobilität ist uns allerdings besonders wichtig: Der Besuch bei den Eltern am Wochenende oder gemeinsame Ausflüge mit dem Auto sollten kein Luxus sein.

### „Autonom“ wird noch dauern

Auch die hohe Anzahl und die Bedürfnisse der Pendler, die während der Woche ihren Arbeitsplatz möglichst problemlos erreichen müssen, sind uns wichtige Anliegen. Daher sind z.B. der Ausbau von Park-and-ride-Systemen, Ablehnung einer Citymaut, Einsatz digitaler Techniken zur Verflüssigung des Verkehrs für uns von zentraler Bedeutung.

Immerhin gibt es ca. 13,5 Milliarden Euro Einnahmen des Staats durch den Straßenverkehr und es könnte ein Teil davon durchaus für sinnvolle Maßnahmen in dieser Richtung ausgegeben werden.

Die Zukunft wird sicher viele interessante Neuentwicklungen bringen, und der Komfort wird immer mehr steigen – bis zum autonomen Fahren. Bis ein Fahrzeug jedoch ausschließlich autonom fährt, insbesondere dann auch im Zusammenwirken mit nicht autonomen Fahrzeugen, wird es allerdings noch einige Zeit dauern ...

### Klaus Edelsbrunner

ist Bundesgremialobmann des Fahrzeughandels, WKO.

## Das Bundesgremium

### Positionierung

Die Interessenvertretung von rund 14.800 aktiven Handelsunternehmen aus dem Kfz-Bereich ist eine eigenständige Körperschaft öffentlichen Rechts innerhalb der Wirtschaftskammer Österreich und vertritt die Interessen aller Marken-, Gebrauchtwagen-, Nutzfahrzeughändler, Fahrzeugimporteure, Groß- und Einzelhandel von Ersatzteilen und Zubehör, Zweirad- und Reifenhändler und Händler von Wohnmobilen und Motorbooten.

### Aufgaben

Als gesetzliche Interessenvertretung obliegt dem Bundesgremium Fahrzeughandel die Begutachtung aller Gesetzes- und Verordnungsentwürfe. Ziel der Stellungnahmen und Initiativen ist, die rechtlichen Rahmenbedingungen praxisorientiert zu gestalten, den Mitgliedern Rechtssicherheit zu verschaffen und sie von bürokratischen und steuerlichen Belastungen so weit wie möglich zu bewahren oder zu befreien.